

„Verzögertes Recht bedeutet verweigertes Recht“

Interview mit dem Menschenrechtsverteidiger Kashiram Dhungana vom *Advocacy Forum Nepal*

Sechs Jahre nach Beendigung des bewaffneten Konflikts in Nepal warten die von Verschleppungen betroffenen Familien immer noch darauf, dass ihre Angehörigen zurückkehren oder dass sie zumindest die Wahrheit darüber erfahren, was ihnen geschehen ist. Der bewaffnete Konflikt in Nepal (1996-2006) hinterließ 15.000 Tote¹, über 1300 Vermisste² und Tausende von Gefolterten. Nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen den sieben führenden Parteien und den maoistischen Rebellen 2006 ist noch immer ungeklärt, wie die während des Konfliktes begangenen Verbrechen aufgeklärt werden können. Der Bardiya-Distrikt hat mit 270³ Personen den höchsten Anteil an den insgesamt 1300 nachgewiesenen Fällen von Vermissten zu verzeichnen. Kashiram Dhungana, Rechtsanwalt und aktiver Menschenrechtsverteidiger, arbeitet für das *Advocacy Forum*⁴ im Bardiya-Distrikt und ist dort seit über sechs Jahren der Ansprechpartner für die Konfliktopfer. Im Interview mit Mong Marma von *Peace Brigades International* (PBI) spricht er über seine Erfahrungen und erläutert, warum gerade der Bardiya-Distrikt zum Brennpunkt der konfliktbezogenen Verschleppungen wurde.

Mong Marma: Bitte erläutern Sie den Hintergrund des Konfliktes und wie es zu einer so großen Anzahl von Vermissten in Bardiya kommen konnte.

Aidsm Dhungana: Als die Maoisten 1996 die Revolution ausriefen, war die wirtschaftliche und politische Situation im Land katastrophal. Nach dem Beginn des Konfliktes erweiterten die Maoisten ihre Agenda, um die Interessen der Dalits, ethnischer Volksgruppen, Frauen, *Madhesi* und Randgruppen zu berücksichtigen.

Zu der Zeit bewirkten die Maoisten viele gute Dinge. Zum Beispiel verbannten sie Alkohol und Glücksspiel und unternahmen etwas gegen korrupte Landbesitzer und Schwarzhändler. Nach der Bürgerkriegserklärung der Maoisten und mehreren Angriffen auf die etablierten Sicherheitskräfte begann die Regierung ihre Gegenoffensive. Die Sicherheitskräfte erhielten dafür umfangreiche Be-

fugnisse und begannen auf ihrer Jagd nach den Maoisten unbeteiligte Personen illegal zu inhaftieren, zu foltern, zu schänden und sogar zu töten.

Weder die Sicherheitskräfte noch die Maoisten beachteten nationale und internationale Gesetze, zumindest nicht in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen.

Viele Menschen in Schuldknechtschaft (*Kamaiyas*), Dalits, *Tharu*, *Gurung*, *Magar* und andere ethnische Gruppen unterstützten aktiv den Aufstand der Maoisten. Das machte sie zum primären Angriffsziel für die Regierungskräfte. Die Sicherheitskräfte kümmerten sich nicht um die existierende Gesetzgebung. Es gab illegale Verhaftungen, Folter, Verschleppungen und Vergewaltigungen. Die Lage war damals sehr brisant. Man konnte sich nicht frei bewegen, viele Menschen flüchteten nach Indien, die Reichen gingen in die grö-

ßeren Städte wie Kathmandu, Nepalgunj und Pokhara. So kam es, dass in den meisten Dörfern nur noch die Alten, Frauen und Kinder unter 14 Jahren zurückblieben.

Viele Zivilisten wurden während der Gefechte zu Opfern. Weite Teile der Infrastruktur, Straßen, Gebäude und Schulen wurden zerstört. Die Maoisten nutzten die Dorfschulen als Kasernen; sie bildeten die Schüler zu Soldaten und Boten in ihrer Befreiungsarmee (*People's Liberation Army – PLA*) aus. Die Regierung wiederum beschäftigte ebenfalls Zivilisten als Informanten und bildete Dorfverteidigungsgruppen zur Bekämpfung der Maoisten. Ich selbst war damals Student und musste in Nepalgunj bleiben. Ich ging nicht in mein Dorf zurück aus Angst, die Maoisten könnten mich in ihren Dienst zwingen.

Nach fünf Jahren Krieg rief die Regierung 2001 landesweit den Notstand

aus. Eine Ausgangssperre wurde verhängt. Alle Städte außer Kathmandu, Biratnagar, Pokhara und Nepalgunj waren wie tot. Es war wirklich eine sehr bedrohliche Situation. 2002 riss dann König Gyanendra die Macht an sich und schränkte die Befugnisse der politischen Parteien drastisch ein. Er griff hart durch, um die Maoisten zu stoppen, und die Sicherheitskräfte agierten äußerst unbarmherzig. In dieser Zeit sind viele Menschen verschwunden.

Die Angriffe der Maoisten auf die Regierungstruppen eskalierten: Auch sie begannen mit Verschleppungen, verjagten die verbliebenen Landbesitzer und die politischen Führer der anderen Parteien und vergrößerten die PLA. Nur diejenigen, die die Maoisten unterstützten (z. B. mit Nahrungsmitteln oder Geld), durften in den Dörfern bleiben.

Wie sah die Situation damals in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen und insbesondere erzwungenes Verschwinden aus?

Das Verschwindenlassen war eines der Hauptinstrumente der Sicherheitskräfte, um die Aktivitäten der Maoisten zu kontrollieren. Auch die Maoisten machten davon Gebrauch, um die Bevölkerung zur Unterstützung ihrer Ideologie zu bewegen. Der Bardiya-Distrikt ist landesweit am stärksten betroffen. Hier sind 270 Menschen durch die Aktivitäten der Konfliktparteien verschwunden, davon werden 17 Fälle den Maoisten zur Last gelegt. Die Familien haben bis heute keinerlei Gewissheit über den Verbleib ihrer Angehörigen. Insbesondere arme Leute, Angehörige der unteren Kasten, der indigenen oder anderer Randgruppen forschen nach der Wahrheit über den Verbleib ihrer Angehörigen.

Warum sind ausgerechnet im Bardiya-Distrikt so viele Menschen verschwunden?

Die Mehrzahl der in Bardiya lebenden Personen gehört einer der bereits erwähnten, vom Konflikt besonders betroffenen Gruppen an, beispielsweise den *Tharu*. Sie unterscheiden sich

rein äußerlich stark von *Brabmins*, *Chhetris* oder *Madhesis*, weshalb die Regierungskräfte sie leicht anhand von Aussehen, Sprache und Lebensbedingungen identifizieren konnten. Die Menschen wurden zu Hause, auf dem Feld oder einfach auf der Straße gewaltsam gefangen genommen, die meisten nachts direkt aus dem Bett gezogen. Viele Sicherheitskräfte wurden in die Dörfer geschickt. Nachdem sie sich Informationen über die gefangene Person besorgt hatten, haben sie deren Haus umzingelt, zuerst an der Tür geklopft. Manchmal täuschten sie vor, Maoisten zu sein und grüßten die Dorfbewohner mit den Worten „*Lalsalam Comrade*“. Sie trugen dann auch rote Sterne an ihren Mützen.

Während der Gefangennahme sagten die Sicherheitskräfte den Opfern und den Familienmitgliedern, dass sie die Zielperson nur für eine allgemeine informelle Befragung mitnahmen. Wenn Opfer und Familie um Gnade flehten, bedrohten sie sie. Sie folterten die Opfer, fesselten sie, verbanden ihnen die Augen und brachten sie an unbekannte Orte in der Nähe von Flüssen, in den Dschungel oder in ihre Kasernen.

Sie folterten die Opfer auf grausame Art und Weise: Zuerst mussten die Opfer ihre eigenen Gräber schaufeln, dann wurden sie aufgereiht, erschossen und am gleichen Ort verscharrt. Während des Konfliktes wurden Menschenrechte und kulturelle Herkunft überhaupt nicht respektiert. Vielmehr verbreiteten die Sicherheitskräfte am Tag nach der Gefangennahme über Radio und Zeitungen die Nachricht, dass maoistische Terroristen bei einem Gegenangriff umgekommen seien.

Die Maoisten machten es genauso. Aber deren Zielpersonen waren

Kashiram Dhungana und Mong Marma während einer Schutzbegleitung in einem abgelegenen Dorf im Bardiya-Distrikt.

Bild: Tessa Pariyar/PBI Nepal

andere, zum Beispiel Kader verfeindeter Ideologien, Grundbesitzer, Sicherheitskräfte, Reiche, Personen von – nach ihrer Ansicht – zweifelhaftem Ruf und Menschen, die die maoistische Ideologie und maoistische Aktivitäten nicht unterstützten.

Welche Auswirkungen hatte der Konflikt auf Familien und die Gesellschaft insgesamt?

Die meisten Opfer der zehnjährigen Konfliktperiode waren junge Menschen, die verheiratet waren und sich als Hauptverdiener der Familie um Frau, Kinder und Großeltern kümmern mussten. Nach ihrem Verschwinden wurden auch ihre Familien ungerecht behandelt, faktisch hatten die Familien der Opfer keine richtige Einkommensquelle mehr. Zusätzlich wurden auch die Frauen der Opfer diffamiert – sogar durch die eigene Familie und die Nachbarn. Bis heute sehen sich diese Frauen zahlreichen Problemen gegenüber. Die Kinder fragen nach ihrem Vater. Die ganze Familie wartet immer noch auf die Rück-



kehr des Vermissten oder will zumindest die Wahrheit darüber erfahren, was geschehen ist. Der Konflikt hatte also umfassende Auswirkungen auf die wirtschaftlichen, sozialen, psychosozialen und kulturellen Verhältnisse der betroffenen Familien.

Wie hat die Regierung auf den Notstand und die Beschwerden der Opfer und Familienangehörigen reagiert?

Ich glaube, die Reaktion der Regierung war von Anfang an unzureichend. Sie hat nie zu Menschenrechten Stellung bezogen, sondern stattdessen über lange Zeit selbst Menschenrechtsverletzungen in Nepal begangen. Die Opfer von Menschenrechtsverletzungen haben vielfach versucht, die Missstände bei staatlichen Institutionen anzuzeigen. Aber sie erhielten nie positive Unterstützung durch die Behörden. Die staatlichen Behörden wollten sich weder zur Verantwortung ziehen lassen noch Anzeigen (sog. *First Information Reports*, FIR) zu Menschenrechtsverletzungen entgegennehmen.

Erst viel zu spät, nach Unterzeichnung des umfassenden Friedensabkommens, begann die Regierung, den betroffenen Opfern und Familienangehörigen kleine Übergangsgelder aus einem Unterstützungsfonds zu zahlen. Es handelt sich um ziemlich kleine Geldbeträge, die zudem in einem relativ aufwendigen Prozess und in mehreren Raten ausbezahlt werden. Diese Entschädigungsleistungen sind ausschließlich für Angehörige getöteter, vermisster und behinderter Personen bestimmt. Die Opfer von Folter und Schändungen bekommen nichts.

Es sind mittlerweile Hunderte von Menschenrechtsverletzungen bei der Polizei angezeigt worden, aber nicht eine davon wurde ausreichend untersucht. Die Aufarbeitung dieser Fälle ist seit vielen Jahren überfällig. Keiner der Täter wurde bisher zur Verantwortung gezogen, weil sie immer noch in hohen Positionen tätig sind. Im Gegenteil: sie werden durch den

Staat auch weiterhin gefördert. Die heute von den Maoisten geführte Regierung hat viele aus der Konfliktperiode stammende Fälle annulliert, obwohl es sich dabei um sehr ernstzunehmende Menschenrechtsverletzungen handelt.

Welche Unterstützung kommt von der internationalen Gemeinschaft, insbesondere von internationalen NRO, für die Opfer und deren Angehörige?

Mehrere INGOs haben die Opfer und deren Angehörige im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützt. Schon seit langer Zeit berichten internationale Menschenrechtsorganisationen über Menschenrechtsverletzungen in Nepal, beobachten und dokumentieren diese. Sie setzen sich für die Rechte der Opfer ein und betreiben Lobbyarbeit. Sie fordern die Schaffung von Justizmechanismen in der derzeitigen Übergangsphase. Aber die Regierung ist daran nicht interessiert, weil sie befürchtet, dass hohe Sicherheitsbeamte und politische Führer zur Verantwortung gezogen werden könnten.

Advocacy Forum Nepal (AF) vertritt die Ansicht, dass die Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit zuerst aufgearbeitet werden müssen, damit Frieden, Rechtsstaatlichkeit und das Ende der Straflosigkeit nachhaltig gesichert werden können. Deshalb hilft AF den Opfern der Konfliktperiode, sich in Gruppen zu organisieren, bietet verschiedene Trainings zu Menschenrechten und Übergangsjustiz an und unterstützt sie in ihrem Kampf um Wahrheit und Gerechtigkeit. AF hilft ihnen auch, Mittel aus dem Entschädigungsfonds zu erhalten. Wir bieten den Opfern kostenlosen anwaltlichen Beistand. Wir haben so schon über 100 Fälle schwerer Menschenrechtsverletzungen aus der Konfliktperiode zur Anzeige gebracht und arbeiten an weiteren. AF will die Rechte der Opfer auf gesetzlichem Wege durchsetzen.

Was sind momentan die Hauptforderungen der Opfer und ihrer Angehörigen?

Die Angehörigen verschwundener Personen wollen zunächst wissen, was wirklich passiert ist. Dann wollen sie Gerechtigkeit und Bestrafung der Täter sowie ausreichende Entschädigung durch den Staat. Die Angehörigen von Vermissten haben zahlreiche Sorgen. Zum Beispiel möchten sie die Trauerfeier abhalten, aber das geht natürlich nur, wenn sie die Gewissheit über den Tod der vermissten Person haben. Ohne Gewissheit kann auch kein Eigentum übertragen werden. Die Betroffenen wollen auch formal als Opfer der Konfliktperiode anerkannt werden.

Wie ist die aktuelle Situation hinsichtlich der Truth and Reconciliation Commission (TRC)⁶ und der Disappearance Commission⁷ einzuschätzen?

Nichts ist passiert hinsichtlich Wahrheitsfindung und Untersuchung vergangener Verbrechen. Es gibt keinen Fortschritt bei der TRC und der *Disappearance Commission*. Ein Gesetzesentwurf für die beiden Kommissionen war schon vor der jüngsten Auflösung der verfassungsgebenden Versammlung überfällig. Die durch die Maoisten geführte Regierung hat kürzlich eine Verfügung zu TRC und *Disappearance Commission* veröffentlicht, doch diese Verfügung enthält eine Klausel über Straferlass für die Täter schwerer Menschenrechtsvergehen. Menschenrechtsverteidiger und andere Akteure der Zivilgesellschaft haben kritisiert, dass eine Kommissionsbildung unter diesen Umständen das Leid der Betroffenen nur vergrößern wird.

Welche Empfehlungen haben Sie für die beteiligten Parteien und die internationale Gemeinschaft?

Verzögertes Recht bedeutet verweigertes Recht. Jeder Vorfall von Menschenrechtsvergehen ist gegen die Menschlichkeit gerichtet. Deshalb sind diese Vergehen auch viel sensibler als andere Verbrechen. Die Opfer der Konfliktperiode in Nepal leiden bis heute täglich darunter und verlieren mehr und mehr die Hoffnung, jemals Gewissheit, Gerechtigkeit und

Wiedergutmachung zu erhalten. Es scheint, als ob sie nie wieder in Frieden werden leben können. Deshalb fordere ich die nepalische Regierung, nationale und internationale Menschenrechtsaktivisten und die internationale Gemeinschaft eindringlich auf, für Gerechtigkeit zu sorgen, die Menschenrechtssituation in Nepal zu verbessern sowie Rechtsstaatlichkeit und nachhaltigen Frieden sicherzustellen. Dafür müssen jetzt in der Übergangsphase geeignete Justizmechanismen im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsgesetzen und -standards etabliert werden. Den Opfern müssen sofort ausreichende Entschädigungsleistungen zugesprochen werden. Alle Opfer brauchen anwaltliche, medizinische und psychosoziale Hilfe. Au-

ßerdem benötigen Opfer, Zeugen und Menschenrechtsanwälte Sicherheit und Schutz. Wir brauchen Frauenhäuser und Vorkehrungen, um bedrohte Opfer, Zeugen oder deren Anwälte in Sicherheit zu bringen.

*Aus dem Englischen übersetzt
von Markus Morawietz*

Zum Autor

Kyasing Mong Marma, geboren in den Chitragong Hill Tracts, Bangladesch, arbeitet seit 2011 für das Nepal-Projekt von *Peace Brigades International* (PBI) im Büro Bardiya. PBI bietet auf Anfrage persönliche Schutzbegleitung für Menschenrechtsverteidiger an und begleitete Kashiram auf zahlreichen seiner Missionen, sei es, um die Familien der Opfer aufzusuchen oder um Menschenrechtsvergehen durch *First*

Information Reports bei Polizeistationen oder Distriktgerichten zur Anzeige zu bringen.

Endnoten

- ¹ Insec, 2007
- ² ICRC, April 2009
- ³ nach Angaben von Kashiram in diesem Interview, das UN *Office of the High Commissioner for Human Rights* (OHCHR) hat 200 Fälle erfasst.
- ⁴ Menschenrechtsorganisation, die konfliktbezogene Fälle in Nepal bearbeitet.
- ⁵ INGO = *International Non-Governmental Organisation*
- ⁶ „Wahrheitsfindungs- und Schlichtungskommission“
- ⁷ „Vermisstenkommission“ Die Bildung dieser beiden Gremien wurde im Rahmen des Übergangsprozesses zwischen den Konfliktparteien vereinbart, ist aber faktisch nie erfolgt.

Dalits in Nepal

Föderalismus und Gleichstellungspolitik im Wartestand

Yam Bahadur Kisan

Es steht außer Zweifel, dass der Grund für die Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung im Mai 2012 im Wesentlichen im fehlenden Konsens zu Fragen des Föderalismus, der künftigen Regierungsform sowie des Wahl- und Justizsystems liegt. Frauen, Dalits, indigene Bevölkerungsgruppen, *Madhesi*, Muslime und andere gesellschaftlich ausgeschlossene Gruppen sind die Verlierer der Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung, da die verschiedenen Verfassungsausschüsse diverse Sonderrechte für sie vorgesehen hatten, auf deren baldige verfassungsmäßige Umsetzung sie hofften. Der Jurist Y. B. Kisan zeigt detailreich die Forderungen und die Perspektiven der nepalischen Dalits auf.

Der Föderalismus und die Gleichstellungspolitik sind zweifelsohne die strittigsten Themen im zeitgenössischen politischen Diskurs. Die Idee, Nepal in einen föderalen und sozial inklusiven Staat umzuwandeln, gewann Unterstützung und Antrieb durch den von den Maoisten ausgerufenen „Volkskrieg“ (1996-2006), die zweite nepalische Volksbewegung vom April 2006 sowie die *Madhesi*-Bewegung 2007. Stimmen des Unmuts, der Unzufrie-

denheit, des Argwohns und der Frustration haben uns in Verwirrung gebracht, hinsichtlich der Grundlagen von Föderalisierung, der Grenzziehung und Namensgebung von Provinzen, der Verteilung von Staatsmacht und Ressourcen sowie hinsichtlich der Gewährung von Autonomie-, Selbstregierungs-, Selbstbestimmungs- oder politischen Ausnahmerechten. Jedoch haben die jüngsten Debatten, die darum kreisen, ob die Föderalisierung auf einzelnen ethnischen Identitäts-

gruppen oder aber sozialer Vielfalt basieren soll, die gesamte akademische Welt, die politischen Führungskräfte, ethnischen Aktivisten und die allgemeine Bevölkerung gezwungenermaßen polarisiert. Der Verfassungsausschuss für die Neustrukturierung des Staates und die Aufteilung der Staatsmacht hat empfohlen, sowohl die Föderalisierung als auch die Bildung von Provinzen primär auf Basis von Identität und sekundär auf Basis von Fähigkeiten/Potenzialen vorzunehmen¹.